

herigen kursächsischen Politik unmöglich machte, war die ganz allgemeine Unkenntnis der letzten Ziele des Kurfürsten Moritz und die dadurch hervorgerufene Unverständlichkeit seiner verschiedenen, scheinbar einander oft widersprechenden Thaten und Verhandlungen.

Vergegenwärtigen wir uns kurz nochmals die Grundzüge der kursächsischen Politik des letzten Jahres. Als der Wettiner durch seinen oberdeutschen Feldzug in eine recht prekäre Lage geraten war, hatte er es für nötig gehalten, sein Unternehmen gegen Karl V. auf eine breitere Basis zu stellen, insbesondere mit denjenigen Reichsfürsten sich zu verständigen, welche den bevorstehenden Passauer Kongress besuchen wollten. Da aber ganz allgemein die damalige Stimmung in Deutschland friedlich und Gewaltakten abgeneigt war, so war Moritz zu einem wenigstens zeitweisen Verzicht auf einen weiteren Angriff gegen den Kaiser gezwungen gewesen; erst mußten eine feste Interessengemeinschaft zwischen Kursachsen und den angesehensten Reichsständen begründet und die mannigfachen Differenzen zwischen letzteren und Karl erweitert und benutzt werden, ehe Moritz an der Spitze der Passauer Fürsten aufs neue gegen den Kaiser losziehen konnte.

Es war dem Kurfürsten gelungen, mit den Kongressständen ein Programm zu vereinbaren, welches für die Zukunft Deutschlands maßgebend sein sollte und Karls bisherigen Regierungsgrundsätzen schnurstracks zuwiderlief. Allerdings hatte der Kaiser, der anfangs gar keinen Frieden wünschte, zuletzt jedoch infolge der zu Passau deutlich gewordenen Ansichten eine offene Weigerung scheute, den Vertrag derartig umgestaltet, daß seine Durchführung unsicher, teilweise höchst unwahrscheinlich war; besonders an einen Reichstag, der die Hauptfragen endgiltig regeln sollte, konnte unter den obwaltenden Umständen gar nicht gedacht werden. Aber Moritz hatte wenigstens erreicht, daß der Abschluß eines Bündnisses mit den Kongressständen durch die geschaffene urkundliche Grundlage erleichtert wurde und daß der Interessengegensatz zwischen Karl und den hervorragendsten Reichs-

---

würden die Bischöfe nicht mehr und länger als es ihre unbedingte Pflicht sei helfen. Andererseits werde Albrecht voraussichtlich bald kein Geld mehr haben. Deshalb sei eine dilatorische Behandlung der Frage besser als das Risiko einer Schlacht (Hauptstaatsarchiv Dresden = Dr. A. Cop. 258 Bl. 1).